

CONV 200/02

VERMERK

Betr.: **Synthesebericht über die Plenartagung**
 – 11./12. Juli 2002 in Brüssel¹

I. Eröffnung der Tagung

1. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und beglückwünschte zunächst im Namen des Konvents Frau Palacio zu ihrer Ernennung als spanische Außenministerin und Herrn Zaplana zu seiner Ernennung als Minister für soziale Angelegenheiten. Herr Lequiller, Herr Carey und Herr Floch wurden als neue Mitglieder des Konvents begrüßt.

2. Der Vorsitzende teilte dem Konvent mit, dass mit der Julitagung die Phase der Anhörung abgeschlossen und die Analysephase eingeleitet würde. Die ersten sechs Gruppen seien mit der Prüfung spezifischer Fragen befasst, die auf den ersten Plenartagungen aufgeworfen wurden. Sie würden Empfehlungen oder Lösungsvorschläge ausarbeiten, die vom Konvent im Herbst geprüft würden. Die Arbeiten seien gut vorangeschritten, obwohl in einigen Fällen die Zahl der Teilnehmer enttäuschend sei. Nach Ansicht des Präsidiums sollten vier weitere Gruppen eingesetzt werden. In Bezug auf die Frage der Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts hatte das Präsidium einen Mandatsentwurf erstellt, der die wichtigsten auf der Maitagung angesprochenen Fragen behandelt und der als Dokument CONV 179/02 verteilt worden ist. Nach Auffassung des Präsidiums sollte eine Gruppe zum Thema der Vereinfachung der Rechtsetzungsverfahren eingesetzt werden, die einige der auf den Plenartagungen in Bezug auf die Rechtsakte aufgeworfenen Fragen prüft. Ferner sollten auch Gruppen für die Bereiche Außenpolitik und Verteidigungspolitik gebildet werden. Die Mandate dieser Gruppen würden im Lichte der Beratungen im Plenum ausgearbeitet und verteilt, sobald das Präsidium Gelegenheit gehabt habe, Überlegungen zu den Erörterungen anzustellen. Die Konventsmitglieder würden aufgefordert werden, sich für eine dieser vier

¹ Das wörtliche Protokoll der Plenartagung kann auf der Website <http://www.european-convention.eu.int> eingesehen werden.

Gruppen einzutragen, sobald deren Mandate feststünden. Die Gruppen nähmen ihre Arbeit im September mit dem Ziel auf, im Oktober oder November Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Dem Konvent würden dann zehn "Bausteine" vorliegen, die die Schlüsselemente für die dritte Phase seiner Arbeiten darstellen würden, in der er Vorschläge für Rechtstexte prüfen werde.

3. Der Vorsitzende unterrichtete den Konvent über das Arbeitsprogramm für den Herbst. Zunächst plane das Präsidium auf der Tagung am 12./13. September eine Aussprache über die Vereinfachung der Rechtsetzungsverfahren auf der Grundlage eines Dokuments des Sekretariats, das vor der Sommerpause übermittelt würde, um der neuen Gruppe als Ausgangspunkt zu dienen. Zweitens sollte der Bericht der Gruppe "Subsidiaritätsprinzip" so rechtzeitig vorliegen, dass er auf der Plenartagung am 3./4. Oktober geprüft werden könne. Als drittes würden dem Konvent Mitte Oktober die Berichte der Gruppen "Rechtspersönlichkeit" und "Charta" zugehen (die beide unmittelbar für den künftigen Vertragsaufbau von Bedeutung sind). Auf der Grundlage dieser Berichte werde das Präsidium dem Konvent Ende Oktober Vorschläge für die Grundzüge des Vertragsaufbaus vorlegen können. Diese Struktur werde den Rahmen bilden, in den die Bausteine der Arbeitsgruppen eingepasst werden, sofern der Konvent diesen zustimme. Im Dezember oder Januar würde dann eine neue, wesentlich ausgearbeitetere Fassung der Vertrags vorgelegt werden, die als Grundlage für die dritte Phase (die "Verhandlungsphase") der Arbeiten des Konvents dienen werde.

II. Außenpolitisches Handeln der EU: Allgemeine Aussprache

4. Der Vorsitzende eröffnete die Aussprache über das außenpolitische Handeln der EU unter Bezugnahme auf das Arbeitspapier des Konventsekretariats (CONV 161/02).
5. Die Konventsmitglieder stimmten darin überein, dass es wichtig sei, dass die EU im internationalen Geschehen stärker, konkreter und wirksamer in Erscheinung trete. Viele waren der Ansicht, dass das Vorgehen der Union, insbesondere angesichts ihres wirtschaftlichen und finanziellen Gewichts in dieser Hinsicht bis jetzt hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei. Mehrere Mitglieder hoben hervor, dass es aufgrund der Herausforderungen der Globalisierung immer wichtiger werde, dass die Union dieser Rolle gerecht werde. Nur eine starke und geeinte Union könne die internationalen Entwicklungen beeinflussen und wirksam für die europäischen Interessen eintreten.

6. Viele betonten, dass allein die Werte, auf denen sich die Union gründe, bereits ein Argument dafür seien, weltweit stärker in Erscheinung zu treten und dass diese Werte das Fundament der außenpolitischen Tätigkeit der Union bilden und sie durchdringen sollten. Mehrere Mitglieder führten ferner die Notwendigkeit an, die Grundprinzipien der VN-Charta zu wahren.

Eine einzige oder eine gemeinsame Politik?

7. Nach Ansicht mehrerer Mitglieder hat die Regierungszusammenarbeit auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik keine tatsächlichen Ergebnisse zeitigen können. Die Gemeinschaftsmethode habe sich bereits in anderen Bereichen der Außenbeziehungen als wirksam erwiesen. Die Ausweitung der Befugnisse der Kommission auf die Festlegung gemeinsamer Politiken und das Auftreten als Hüterin der gemeinsamen Interessen in diesem Bereich würde zu einer größeren Wirksamkeit der Außenpolitik der EU beitragen.
8. Andere wiesen auf die spezifische Natur der Außenpolitik hin und merkten an, dass es in diesem Bereich sehr viel weniger um gesetzgeberische Arbeiten gehe als in vielen innerstaatlichen Politikbereichen. Einige verwiesen auf die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten. Die enge Verknüpfung von Außenpolitik und staatlicher Souveränität erfordere besondere Vorkehrungen. Viele Schwächen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik seien eher auf mangelnden politischen Willen als auf unzureichende Instrumentarien oder Verfahren zurückzuführen. Das Ziel sollte weiterhin in der Festlegung einer gemeinsamen Politik und nicht unbedingt einer einzigen Politik bestehen. Mehrere Mitglieder unterstrichen die wichtige Rolle des Europäischen Rates bei der Festlegung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Ein kohärentes außenpolitisches Handeln

9. Alle stimmten darin überein, dass für die Fähigkeit der Union, Einfluss im internationalen Geschehen auszuüben, ein gut koordinierter Einsatz aller wirtschaftlichen und politischen Mittel entscheidend ist. Viele Redner vertraten die Ansicht, dass die gegenwärtigen Regelungen einem kohärenten Ansatz im Wege stünden und eine derartige Koordinierung erschweren. Einige forderten die Aufhebung der Säulenstruktur und empfahlen, die beiden Funktionen des Hohen Vertreters für die GASP und des für die Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglieds einer einzigen Person zu übertragen (Doppelfunktion), die Mitglied oder Vizepräsident der Kommission wäre. Andere schlugen stattdessen vor, die Kohärenz durch Reformmaßnahmen in der Kommission und im Rat und durch eine bessere Koordinierung zwischen dem Hohen Vertreter und der Kommission zu verbessern. Einige schlugen vor, dass der Hohe Vertreter und das für die Außenbeziehungen zuständige Kommissionsmitglied die Möglichkeit haben sollten, gemeinsame Initiativen zu allen Aspekten der Außenpolitik bzw. außenpolitischer Maßnahmen vorzulegen. Ferner wurden die gemeinsamen Strategien angesprochen, die verstärkt in Anspruch genommen und weiterentwickelt werden sollten.

Eine dynamische Außenpolitik

10. Alle Konventsmitglieder hoben hervor, dass eine dynamische Außenpolitik der EU, die sie befähige, rasch auf internationale Entwicklungen zu reagieren, von großer Bedeutung sei. Eine Reihe von Sprechern wies darauf hin, dass das Einstimmigkeitsgebot im GASP-Bereich die Handlungsfähigkeit der Union einschränke. Können die Mitgliedstaaten keine Einigung erzielen, so entstehe durch das Fehlen einer klaren Politik der Union ein Vakuum, das in der Folge durch mitunter widersprüchliche außenpolitische Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten aufgefüllt werde. Einige fügten an, dass die Einstimmigkeitsregel einer Politik Vorschub leiste, die vom Standpunkt derjenigen, die den geringsten Ehrgeiz zeigten, geprägt sei, und die Beschlussfassung erheblich verzögere, obwohl häufig eine unverzügliche Reaktion erforderlich sei.
11. Für eine Reihe von Sprechern liegt die Lösung in einer Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf den GASP-Bereich. Einige waren der Ansicht, dass alle außenpolitischen Beschlüsse (mit Ausnahme der Sicherheit und Verteidigung) mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden sollten, während andere vorschlugen, als einen ersten Schritt die qualifizierte Mehrheit für gemeinsame Initiativen des Hohen Vertreters und des für die Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglieds vorzusehen. Einige Mitglieder äußerten den Wunsch, die Einstimmigkeit als allgemeinen Grundsatz beizubehalten und machten sich vielmehr für die Verbesserung der Mechanismen stark, mit denen eine größere Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten erzielt werden soll. Die Möglichkeit einer Ausweitung des Initiativrechts auf den Hohen Vertreter und eine verstärkte Nutzung gemeinsamer Politikbewertungen fanden besondere Erwähnung. Für eine Reihe von Mitgliedern schließt die Beibehaltung der Einstimmigkeit als allgemeiner Grundsatz eine häufigere Anwendung der qualifizierten Mehrheit in spezifischen Fällen wie beispielsweise im Rahmen der gemeinsamen Strategien oder möglicherweise bei der Beschlussfassung über gemeinsame Vorschläge des Hohen Vertreters und der Kommission nicht aus. Zu den weiteren Vorschlägen zur Behebung der Unbeweglichkeit im GASP-Bereich gehörten der Ausbau der verstärkten Zusammenarbeit sowie die häufigere Anwendung der konstruktiven Enthaltung. Auf einer solchen Grundlage könnte sich dann eine "Koalition der Handlungswilligen" bilden, die im Namen der EU eine Initiative ergreifen, sofern kein Mitgliedstaat Einwände dagegen erhebt, wobei andere die Möglichkeit hätten, sich zu einem späteren Zeitpunkt anzuschließen.
12. Die Frage einer dynamischen Außenpolitik wurde unmittelbar mit der Frage der Finanzierung der GASP verbunden. Rasche Maßnahmen setzen den Zugang zu angemessenen Finanzmitteln und Humanressourcen voraus. Eine Reihe von Rednern betonte, dass der GASP-Haushalt aufgestockt werden sollte und die Finanzierungsverfahren flexibler zu gestalten seien. Ferner wurde die mögliche gemeinsame Nutzung diplomatischer Ressourcen in Drittländern und die Möglichkeit, den Hohen Vertreter mit der Durchführung außenpolitischer Tätigkeiten im Rahmen von Missionen zu betrauen, angesprochen.

Eine wirksame Vertretung

13. Eine Reihe von Mitgliedern forderte größere Klarheit in Bezug auf die Außenvertretung im Rahmen der Außenpolitik. Einige schlugen vor, eine Lösung zu suchen, bei der die Union mit einer Stimme spricht, während andere der Auffassung waren, das wichtigste Ziel bestünde darin, zu gewährleisten, dass alle das Gleiche sagen. Nach Ansicht einer Reihe von Mitgliedern würde die Frage der Außenvertretung durch die Einführung einer einzigen Rechtspersönlichkeit vereinfacht.

Die Frage der Legitimität

14. Mehrere Sprecher stellten ein demokratisches Defizit in der zweiten Säule fest und forderten eine verstärkte Beteiligung des Europäischen Parlaments, beispielsweise durch die Anwendung des Mitentscheidungsverfahrens. Andere hoben hervor, dass die demokratische Legitimität von den einzelstaatlichen Parlamenten ausgehe (insbesondere im Fall eines Einsatzes von Streitkräften), und forderten eine genauere Überprüfung und Rechenschaftslegung auf nationaler Ebene.

Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

15. Eine Reihe von Mitgliedern hob hervor, wie wichtig es sei, dass die Union eine wirksame Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickle. Die erste Voraussetzung hierfür sei die Sicherstellung hinreichender und angemessener Fähigkeiten im militärischen und im zivilen Bereich. Einige führten an, militärische Maßnahmen der Union sollten auf friedenserhaltende Tätigkeiten beschränkt und nur auf der Grundlage eines Mandats der VN möglich sein.
16. Für einige Mitglieder ist die Verteidigung in erster Linie eine Sache der NATO, und eine Reihe von ihnen hob hervor, dass die Entwicklung der ESVP unbedingt in enger Abstimmung mit der NATO erfolgen müsse. Einige forderten die Ausdehnung der verstärkten Zusammenarbeit auf den Bereich der Sicherheit und Verteidigung. Es wurde vorgeschlagen, bei der Entwicklung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik schrittweise vorzugehen, um den allmählichen Ausbau der Fähigkeiten zu ermöglichen. Eine Reihe von Mitgliedern wies auf die Notwendigkeit hin, sich mit der Frage der Interoperabilität der nationalen Streitkräfte zu befassen. Einige forderten eine bessere Koordinierung der Politiken in den Bereichen Forschung und Entwicklung und im Beschaffungswesen, um eine optimale Mittelverwendung auf europäischer Ebene zu erreichen. Einige sprachen sich für die Errichtung einer europäischen Rüstungsagentur aus und einige hielten eine Überarbeitung und Änderung von Artikel 296 des Vertrags für erforderlich, um die Waffenindustrie in den Anwendungsbereich des Vertrags aufzunehmen.
17. Eine Reihe von Mitgliedern hoben hervor, dass Beschlüsse, die die Sicherheit und Verteidigung betreffen, aufgrund ihres sensiblen Charakters weiterhin einstimmig gefasst werden müssten und dass die Kontrolle in diesem Bereich in erster Linie den nationalen Parlamenten zufalle.

II. Bericht des Jugendkonvents

18. Der Vorsitzende des Jugendkonvents, Herr Filibeck, und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Tedesco-Tricas und Frau Norby, stellten den Text vor, der am Vormittag von dem seit dem 10. Juli in Brüssel tagenden Jugendkonvent angenommen worden war. In ihren Ausführungen unterstrichen die Vertreter des Jugendkonvents insbesondere die Bedeutung einer Befragung der Jugend und ihrer unmittelbaren Beteiligung am europäischen Aufbauprozess. Ferner wiesen sie darauf hin, dass in dem verabschiedeten Text eine Klarstellung der Zuständigkeiten und eine Stärkung der Europäischen Organe gefordert werden und dass eine Mehrheit der Jugendvertreter außerdem den Wunsch geäußert habe, dass Europa sich auf eine föderale Struktur hinbewegt. Abschließend rief der Vorsitzende des Jugendkonvents dazu auf, die Dynamik beizubehalten und äußerte den Wunsch, dass eine zweite Tagung des Jugendkonvents einberufen wird, damit die Beratungen fortgesetzt und die durchgeführten Arbeiten vertieft werden können.

Bei der Aussprache im Anschluss an diese Ausführungen begrüßten mehrere Konventsmitglieder die von den Jugendvertretern geleistete Arbeit und den Inhalt der verabschiedeten Erklärung. Einige sprachen sich außerdem dafür aus, auch weiterhin mit den Jugendvertretern in Kontakt zu bleiben.

Ein Mitglied des Jugendkonvents berichtete über eine Stellungnahme, die von einer bedeutenden Zahl von Mitgliedern des Jugendkonvents unterzeichnet worden war und in der Kritik an den Arbeitsmethoden und an den Ergebnissen geübt wurde.

Abschließend erklärte der stellvertretende Vorsitzende, Herr Dehaene, er teile die Ansicht, dass die Dynamik, die durch die Einberufung dieses Jugendkonvents entstanden sei, beibehalten werden müsse und führte zu diesem Zweck die folgenden drei Modalitäten an:

- Der Vorsitzende des Jugendkonvents und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden werden künftig zu den Plenartagungen des Europäischen Konvents eingeladen, damit sie allen Mitgliedern des Jugendkonvents darüber Bericht erstatten können;
- die Website (youth-convention.net) bleibt für die Fortsetzung der Debatte unter den Jugendvertretern und als Mittel zur Kommunikation mit ihnen weiterhin zugänglich;
- jede Komponente (nationale Vertreter, Europäisches Parlament, Kommission, Präsidium) wird aufgefordert, einen engen Kontakt mit den von ihr ernannten Jugendvertretern aufrechtzuerhalten, sie regelmäßig über die Fortschritte zu unterrichten und ihre Stellungnahmen und Vorschläge einzuholen.

III. Verfahrensvorschlag einiger Konventsmitglieder

19. Der Vorsitzende nahm Bezug auf den Vorschlag einiger Konventsmitglieder, die Kommission einzuladen, an der Ausarbeitung des Entwurfs eines Verfassungsvertrags teilzunehmen. Der Vorsitzende stellte fest, dass dieser Vorschlag vom Präsidium geprüft und einstimmig abgelehnt worden sei, da dies bedeuten würde, dass sich der Konvent nicht seinen Aufgaben stelle. Er verwies auf die Alternativlösung, die er zu Beginn der Tagung umrissen hatte und die hoffentlich den Anliegen derjenigen gerecht werde, die den Vorschlag unterbreitet hatten.
 20. Frau Berger, die den Vorschlag an das Präsidium weitergeleitet hatte, erklärte, sie sei in jeder Hinsicht zufrieden, wie mit diesem Vorschlag verfahren worden sei, und bestätigte, dass er zurückgezogen worden sei.
-

Rednerliste in der Reihenfolge der Beiträge

Plenartagung vom 11./12. Juli 2002

REDNERLISTE

Donnerstag, 11. Juli

Außenpolitisches Handeln der EU: Allgemeine Aussprache

1. Frau Ana PALACIO - Spanien (Regierung)
2. Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament
3. Herr Êrnani LOPES - Portugal (Regierung)
4. Herr Frans TIMMERMANS - Niederlande (Parlament)
5. Frau Hildegard PUWAK - Rumänien (Regierung)
6. Herr Michel BARNIER - Kommission
7. Herr Bobby McDONAGH - Irland (Regierung)
8. Herr Antonio TAJANI - Europäisches Parlament
9. Herr Michael ATTALIDES - Zypern (Regierung)
10. Herr Alojz PETERLE - Slowenien (Parlament)
11. Herr Peter SERRACINO-INGLOTT - Malta (Regierung)
12. Herr Jens Peter BONDE - Europäisches Parlament
13. Herr Louis MICHEL - Belgien (Regierung)
14. Herr Olivier DUHAMEL - Europäisches Parlament
15. Herr Peter HAIN - Vereinigtes Königreich (Regierung)
16. Herr Göran LENNMARKER - Schweden (Parlament)

Blaue Karten: Duff, Hain, Haenel, Berès, Hain

17. Herr Ben FAYOT - Luxemburg (Parlament)

Blaue Karten: Hain, Voggenhuber, Barnier

18. Herr Henning CHRISTOPHERSEN - Dänemark (Regierung)
19. Herr George KATIFORIS - Griechenland (Regierung)
20. Herr Pavol HAMZIK - Slowakei (Parlament)
21. Herr Peter GLOTZ - Deutschland (Regierung)
22. Herr John BRUTON - Irland (Parlament)

Blaue Karten: Stuart, Maij-Weggen, Belohorská

23. Herr Alejandro MUÑOZ ALONSO - Spanien (Parlament)
24. Herr Matjaz NAHTIGAL - Slowenien (Regierung)
25. Herr Pierre LEQUILLER - Frankreich (Parlament)
26. Herr Gianfranco FINI - Italien (Regierung)
27. Frau Ayfer YILMAZ - Türkei (Parlament)
28. Herr Alain LAMASSOURE - Europäisches Parlament
29. Lord MACLENNAN - Vereinigtes Königreich (Parlament)
30. Herr Roberts ZILE - Lettland (Regierung)
31. Herr Andrew DUFF - Europäisches Parlament
32. Herr Paraskevas AVGERINOS - Griechenland (Parlament)
33. Herr Lamberto DINI - Italien (Parlament)

Blaue Karten: Hain, Barnier

34. Frau Teija TIILIKAINEN - Finnland (Regierung)
35. Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)
36. Frau Cristiana MUSCARDINI - Europäisches Parlament
37. Herr Rytis MARTIKONIS - Litauen (Regierung)
38. Frau Hanja MAIJ-WEGGEN - Europäisches Parlament
39. Herr Kimmo KILJUNEN - Finnland (Parlament)
40. Herr Peter SKAARUP - Dänemark (Parlament)
41. Frau Androula VASSILIOU - Zypern (Parlament)
42. Herr Dam KRISTENSEN - Dänemark (Parlament)
43. Herr Josep BORRELL FONTELLES - Spanien (Parlament)
44. Herr Edmund WITTBRODT - Polen (Parlament)
45. Herr Juraj MIGAS - Slowakei (Regierung)
46. Herr Marco FOLLINI - Italien (Parlament)
47. Herr Hannes FARNLEITNER - Österreich (Regierung)
48. Herr Alvydas MEDALINSKAS - Litauen (Parlament)
49. Frau Lena HJELM-WALLEN - Schweden (Regierung)
50. Herr Reinhard BÖSCH - Österreich (Parlament)
51. Herr Mesut YILMAZ - Türkei (Regierung)
52. Herr Proinsias DE ROSSA - Irland (Parlament)
53. Herr Péter BALÁZS - Ungarn (Regierung)
54. Herr Jozef OLEKSY - Polen (Parlament)

55. Herr Carlos CARNERO GONZÁLEZ - Europäisches Parlament
56. Herr Pierre MOSCOVICI - Frankreich (Regierung)
57. Herr Caspar EINEM - Österreich (Parlament)
58. Herr István SZENT-IVÁNYI - Ungarn (Parlament)
-

Freitag, 12. Juli

Vorstellung des Berichts des Jugendkonvents

1. Herr Giacomo FILIBECK, Vorsitzender des Jugendkonvents
2. Frau Ellen NØRBY, Stellvertretende Vorsitzende des Jugendkonvents
3. Frau Roberta TEDESCO TRICCAS, Stellvertretende Vorsitzende des Jugendkonvents
4. Frau Helle THORNING-SCHMIDT - Europäisches Parlament

Blaue Karten: Duhamel, Dobbyn (Jugendkonvent), Duff, Skaarup, Bonde, Juri (Jugendkonvent), Derosier (Jugendkonvent), Brok, Witherick (Jugendkonvent), Maij-Weggen, Thorning-Schmidt

Fortsetzung der Aussprache über das außenpolitische Handeln der EU (Verteidigung)

1. Herr René van der LINDEN - Niederlande (Parlament)
2. Herr Gunter PLEUGER - Deutschland (Regierung)
3. Herr Antonio VITORINO - Kommission
4. Frau Marietta GIANNAKOU - Griechenland (Parlament)
5. Baroness SCOTLAND - Vereinigtes Königreich (Regierung)
6. Herr Esko SEPPÄNEN - Europäisches Parlament
7. Frau Danuta HÜBNER - Polen (Regierung)
8. Herr Michael FRENDÓ - Malta (Parlament)

Blaue Karten: Duff, Fini, Einem, Vitorino

9. Frau Gisela STUART - Vereinigtes Königreich
10. Herr Diego LÓPEZ GARRIDO - Spanien (Parlament)
11. Frau Eduarda AZEVEDO - Portugal (Parlament)
12. Herr Jacques SANTER - Luxemburg (Regierung)
13. Herr Valdo SPINI - Italien (Parlament)

14. Herr Kenneth KVIST - Schweden (Parlament)
15. Herr William ABITBOL - Europäisches Parlament
16. Herr Jan KOHOUT - Tschechische Republik (Regierung)
17. Herr Edvins INKENS - Lettland (Parlament)
18. Herr Alvydas MEDALINSKAS - Litauen (Parlament)
19. Herr Kimmo KILJUNEN - Finnland (Parlament)
20. Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)

Verfahrensvorschlag einiger Konventsmitglieder

1. Frau Maria BERGER - Europäisches Parlament

Blaue Karten: De Rossa, Kiljunen, MacCormick, Hallengren, Einem
